



In vielen Pflegeheimen gibt es zu wenig freie Plätze für immer mehr Bedürftige.

Dreiste Enkel, langsame Ämter – und fehlendes Geld

5000 Euro pro Monat kann ein Platz im Pflegeheim kosten, nicht alles zahlt die gesetzliche Kasse. Dann fangen die Probleme an, berichtet eine Heim-Betreiberin.

Von Hannes Heine

Die Not spürt Margitta Schöne-Büttner jeden Tag. „Ständig müssen wir Bedürftige verdrängen, weil unsere Plätze belegt sind“, sagt die Betreiberin eines Berliner Pflegeunternehmens. „Und angesichts der Bürokratie sehen auch die Angehörigen oft kaum durch.“

Die Gesellschaft altert rapide, immer mehr Senioren brauchen Pflege, während zu wenig junge Menschen in die entsprechenden Kassen einzahlen. Angesichts der demografischen Entwicklung warnen Experten vor dem Kollaps.

Vollmacht für den Enkel?

Mit ihrem ambulanten Dienst versorgen Schöne-Büttners Leute 280 Senioren zu Hause. Im zur Firma gehörenden Heim in Prenzlauer Berg leben 50 Männer und Frauen, zehn weitere würden – wäre das Haus nicht voll – sofort einziehen. Nicht alle Angehörigen helfen dabei, die Lage so gut wie möglich zu bewältigen, mitunter erschweren sie die Versorgung sogar.

Pflegechefin Schöne-Büttner berichtet von einem, wie sie sagt, typischen Fall: Eine alleinlebende 90-Jährige wird dement. Nach einem Sturz zieht die gebrechliche Frau in das Heim. Ihrem Enkel stellt sie eine Betreuungsvollmacht aus. Er verfügt nun über Wohnung, Konto und Post der Großmutter.

Als Demenzkranke erhält sie Pflegegrad 5. Die Mittel der gesetzlichen Kasse reichen dafür nicht: Diese Versicherung ist eine Teilkasko-Police. Wer sich den obligatorischen Eigenanteil für den am-

Pflege zu Hause

Die **bundesweit 5,7 Millionen Pflegebedürftigen** zu versorgen, ist nur noch schwer möglich. Dabei werden 85 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause **überwiegend von Angehörigen versorgt**, beanspruchen also keinen Platz im Heim.

Diese Angehörigen haben das Recht auf **Pflegegeld**, weil sie meist keiner Vollzeit-Erwerbsarbeit nachgehen können. Doch den aufgegebenen Lohn ersetzen diese Zuschüsse nicht.

bulanten Dienst oder das Heim nicht leisten kann, weil Ersparnis und Rente nicht ausreichen, für den muss laut Gesetz der Staat einspringen. Ein Heimplatz mit Pflegegrad 5 kostet mindestens 5000 Euro im Monat. Davon werden Gebäude, Verpflegung und Personal bezahlt. Etwas mehr als 2000 Euro übernimmt die gesetzliche Kasse, der Großteil der Gesamtkosten ist also als Eigenanteil zu begleichen – zu Jahresanfang betrug dieser monatliche Anteil im Bundesdurchschnitt 3245 Euro.

Weil ihre Renten und Vermögen nicht ausreichen, sind 37 Prozent aller Heimbewohner auf Hilfe der Sozialämter angewiesen, so viele wie nie zuvor. Fachleute prognostizieren, im Jahr 2035 müssten sogar 50 Prozent der Heimbewohner staatlich alimentiert werden.

Im Fall der demenzkranken 90-Jährigen blockiert der Enkel das Konto, von dem der Eigenanteil zumindest teilweise zu begleichen wäre. Von dort kommt also kein Geld. Doch selbst wenn der Enkel gezahlt hätte, wäre die auf dem Konto der Dame befindliche Rente für die Gesamtpflege zu niedrig gewesen. Um die Kosten zu decken, beantragt Schöne-Büttner also wie vorgeschrieben einen Zuschuss des Sozialamtes Pankow. Das aber zahlt auch nicht, denn zuvor soll aus Sicht des Amtes die nun leere Wohnung der Dame gekündigt werden – die koste schließlich Geld, das für die Pflege gebraucht werde.

Die nun nicht mehr von seiner Oma bewohnte Wohnung vermietet der Enkel allerdings zum eigenen Vorteil unter. Schöne-Büttner

beantragt vor Gericht, dem Enkel die Betreuungsvollmacht zu entziehen. Das dauert Monate, in denen 37.000 Euro unbezahlte Kosten auflaufen. Dass neben Angehörigen auch Ämter nicht alle Kosten übernehmen, für die sie zuständig wären, wird in der Pflegebranche seit Monaten diskutiert. Schöne-Büttner beziffert allein die vom Pankower Amt ausstehenden Gelder auf insgesamt 60.000 Euro.

Das Bezirksamt verschob die Antwort auf eine Tagesspiegel-Anfrage wiederholt, teilte schließlich mit, es gebe zu „Einzelangelegenheiten“ keine Auskunft. Hilfe zur Pflege zahle man an 1200 Pankower Leistungsberechtigte. Die diesbezüglichen Genehmigungsfristen dauerten zwischen zwei Monaten und zwei Jahren, was auch „von den personellen Kapazitäten“ im Amt abhängig sei.

Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, dem auch Schöne-Büttners Unternehmen angehört, spricht von „gefährlichem Verwaltungsversagen“ durch die Ämter. Ohnehin litten Pflegeeinrichtungen schon unter „umfangreichen Dokumentationspflichten“, etwa durch die zahlreichen Kassen, die staatliche Heimaufsicht oder die Berufsgenossenschaften – im Alltag bleibe jedenfalls immer weniger Zeit für die Versorgung der Bedürftigen.

„Die aufgesplitteten Zuständigkeiten, vielen Regeln und langen Fristen erschweren die Pflege“, sagt Schöne-Büttner. „Wir brauchen ein neues System – und dennoch wird die Gesellschaft mehr für Pflege aufwenden müssen.“

Brücke-Museum in Dahlem wird für 20 Millionen Euro saniert

Rund 60 Jahre nach seiner Eröffnung braucht das Brücke-Museum in Dahlem eine Rundumüberholung: Das 1967 nach Plänen des damaligen Senatsbaudirektors Werner Düttmann errichtete Haus weist einen „erheblichen Sanierungs- und Modernisierungstau“ auf, heißt es von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bauen. Zugleich soll die Ausstellungsfläche verdoppelt werden.

Das Land hat jetzt einen Realisierungswettbewerb ausgelobt: „Ausgehend vom denkmalgeschützten Bestand soll das Brücke-Museum zu einem modernen Museum weiterentwickelt werden, das auf einer verdoppelten Ausstellungsfläche Raum für Dauer- und Wechselausstellungen bietet.“

Bisher ist es dem Museumsteam nicht möglich, eine Dauerausstellung ihrer weltweit größten zusammenhängenden Sammlung der Künstlergruppe Brücke zu präsentieren. Aus Platzgründen werden stattdessen pro Jahr drei bis vier wechselnde Präsentationen gezeigt. Ein Erweiterungsbau soll dieses Problem lösen. „Es sollen überdies zusätzlich Räume für die Vermittlungsarbeit und der Größe der Sammlung angemessene Depotflächen geschaffen werden“, heißt es in der Ausschreibung zum Wettbewerb.



Letztes Jahr kam es zum Besucherrekord, bald startet die Sanierung.

Eine wichtige Vorgabe macht der Senat den Wettbewerbs Teilnehmerinnen und -teilnehmern: Für Sanierung und Erweiterung stehen rund 20 Millionen Euro brutto zur Verfügung. Dabei sei zu beachten, dass Brücke-Museum und das benachbarte Kunsthause Dahlem, architektonisch sehr unterschiedlich und beide denkmalgeschützt, einen gemeinsamen Kunst-Campus bilden sollen. Der Erweiterungsbau des Brücke-Museums muss in diesem Sinne im wahrsten Sinne eine „Brücke“ bilden.

Die Architektinnen und Architekten haben bis zum 5. Mai Zeit, ihre Entwürfe abzugeben. Anfang Juni tagt dann das Preisgericht in einer ersten Runde. Es wählt bis zu 20 Einreichungen aus, die detaillierter ausgearbeitet werden sollen.

Am 2. September steht die finale Entscheidung an: Die Jury wird den ersten Preis küren, dem Gewinner oder der Gewinnerin winken 43.000 Euro. Umgesetzt werden soll der ausgezeichnete Entwurf später von der Hochbauabteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. *Boris Buchholz*